

Nein zur Wehrpflicht! Nein zu Kriegstüchtigkeit!

Kriege beenden – Aufrüstung stoppen – Verhandeln statt Eskalieren

Eine große Koalition aus CDU/CSU, SPD, Grüne und AfD will in Deutschland wieder die Wehrpflicht einführen. Am 5. Dezember wird der Bundestag voraussichtlich über ein neues Gesetz dazu entscheiden. Zunächst wird nur die Musterung verpflichtend. Doch wenn sich auch dann, wie zu erwarten, nicht genügend Freiwillige melden, wird auch der Kriegsdienst zu Pflicht werden. Deutschland soll „kriegstüchtig“ werden, d.h. wieder offensiv Krieg führen können. Dagegen wächst der Widerstand – von SchülerInnen, Jugendorganisationen, Friedensbewegung und Gewerkschaftern.

Die Pflicht zum Kriegsdienst wird benötigt, um die Bundeswehr drastisch auf eine Gesamtstärke von 460.000 Soldatinnen und Soldaten aufzustocken – vorerst, längst werden noch wesentlich mehr gefordert. Gleichzeitig wird auch die Hochrüstung mit riesigen Summen vorangetrieben. Dieses Jahr wird sich der Militärhaushalt auf fast 100 Mrd. Euro erhöhen, fast doppelt so viel wie vor 5 Jahren. Angestrebt ist eine sukzessive Erhöhung auf irrwitzige 5 Prozent des Bruttoinlands, d.h. auf über 220 Mrd. Euro, fast die Hälfte des jetzigen Staatshaushalts!

Wer bedroht wen? Zur Begründung wird eine angebliche Bedrohung durch Russland ins Feld geführt. Schon 2029 wäre es zum Angriff auf NATO-Länder bereit, tönt der BND. Plausible Gründe findet man keine. Die 17 US-Geheimdiensten kommen in ihrer gemeinsamen jährlichen Analyse zum Schluss, dass „Russland mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit den Streitkräften der USA und der NATO“ will. Tatsächlich sind die europäischen NATO-Staaten auch allein Russland in



allen konventionellen Waffengattungen deutlich überlegen und geben bereits jetzt wesentlich mehr Geld für Rüstung aus. Während die NATO-Staaten im letzten Jahr 1,5 Billionen Dollar für Rüstung ausgaben, beliefen sich die Ausgaben Russlands auf 150 Milliarden. Mit Lücken bei der Verteidigungsfähigkeit hat die exorbitante Hochrüstung Deutschlands und seiner Verbündeter offensichtlich nichts zu tun.

Ziel ist, so der jetzige Kanzler wie sein Vorgänger, die Bundeswehr zur stärksten europäischen Armee in der NATO zu machen und damit, wie SPD-Chef Lars Klingbeil gerne betont, Deutschland zur europäischen Führungsmacht. Bei den Rüstungskonzerne knallen fast täglich die Sektkorken, der militärisch-industrielle Komplex triumphiert.

Kanonen statt Butter: Dafür sollen wir massive Kürzungen bei den Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Bildung auf Kosten von Sozialausgaben akzeptieren und die wachsende Gefahr eines großen, möglicherweise nuklearen Krieges in Europa.

Die Kriegsvorbereitung nimmt Fahrt auf: Schulen und Hochschulen, Gesundheits- und Bildungswesen sollen „kriegstüchtig“, gemacht werden. Alle Bereiche sollen von der Militarisierung durchdrungen, Straßen, Brücken und Schienen für schnelle Transporte von Truppen und Kriegsgerät nach Ost hergerichtet werden. Wo neue Stadtteile geplant waren,

**Mi. 03.12., 19 Uhr
Kurfürsten-Anlage 25
im Welthaus**

**Wehrpflicht:
Mobilmachung für
neue Kriege in
aller Welt!**
Podium gegen die Wehrpflicht

Veranstalter: Podium:



Friedens-
bündnis
Heidelberg



Sozialistische Jugend -
Die Falken Heidelberg





wie in der Patrick-Henry-Village, droht nun wieder die Stationierung von Kampfverbänden.

Schulstreiks gegen die Wehrpflicht: Die Jugend soll zum Kriegsdienst gelockt und bald wohl auch gezwungen werden. Nicht die Wehrfähigen in den Parteien, die die Truppenstärke drastisch aufstocken wollen, sollen den Kopf hinhalten, sondern junge Menschen, die einen potentiell tödlichen Zwangsdienst mehrheitlich ablehnen.

Am 5. Dezember rufen Jugendbündnisse bundesweit zu Kundgebungen und Demonstrationen und Schülerinnen und Schüler zu Schulstreiks gegen die

Wiedereinführung der Wehrpflicht auf. In vielen Städten werden sie dabei von lokalen Nein-zur-Wehrpflicht-Bündnissen, Gewerkschaften und Friedensinitiativen unterstützt – auch von uns.

Demos gegen Landesparteitag der CDU

Am 5./6. Dezember ist auch der Landesparteitag der CDU in Heidelberg. Die weit rechts stehende Partei ist in der Migrationsfrage kaum von der AFD zu unterscheiden, treibt Militarisation, Hochrüstung und Kriegspolitik mit am vehementesten voran. Wir unterstützen die Demonstrationen dagegen: **Am 5.12. ab 15:30** und **am 6.12. ab 9 Uhr** jeweils auf dem **Europaplatz** vor dem Heidelberg Congress Center.



- **Stopp von Waffenlieferungen und ernsthaftes Engagement für Waffenruhen und Verhandlungen in den Kriegen in der Ukraine und in Palästina!**
- **Unterstützung der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels einstellen!**
- **Schluss mit der Hochrüstung! Keine weiteren Milliarden fürs Militär, sondern Abrüstung und Investition in Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima- und Katastrophenschutz!**
- **Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. – Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer.**
- **Keine Stationierung von Mittelstreckenwaffen!**
- **Atomwaffen aus Deutschland abziehen! „Nukleare Teilhabe“ beenden! Unterzeichnung des Atomwaffenverbots-Vertrags**
- **Die Bekämpfung von Fluchtursachen statt der bei uns Zuflucht suchenden Menschen.**

Friedensbündnis Heidelberg



Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!